Verbandsgemeinde Bodenheim

Wahlzeit 1972/74

TAGESORDNUNG

zur Sitzung der Verbandsgemeindevertretung Bodenheim am 2. Oktober 1972, 19.oo Uhr, in Bodenheim, im Film- und Feierraum der Volksschule

1) Einführung und Verpflichtung des Verbandsbürgermeisters

VERBANDSGEMEINDE BODENHEIM

Bodenheim, den 25.9.1972
Rathaus

E I N L A D U N G

Ich gestatte mir, Sie zur öffentlichen Sitzung der Verbandsgemeindevertretung Bodenheim auf

Montag, den 2.Oktober 1972, 19.oo Uhr

in Bodenheim

Film- und Feierraum der Volksschule

ergebenst einzuladen.

Die Tagesordnung ist als Anlage beigefügt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anlage: 1

1.Verbandsbeigeordneter

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung der Verbandsgemeindevertretung Bodenheim am 2.Oktober 1972, um 19.oo Uhr, im Film- und Feierraum der Volksschule Bodenheim

---

Von den am 25. September 1972 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern waren anwesend:

Die Vorsitzenden:	Verbandsbürgermeister Krämer, 1.Beigeordneter Kiesewetter;
Der 2.Verbandsbeigeordnete:	Lütjens;
Der 3.Verbandsbeigeordnete:	Kranz;
Die Ratsmitglieder:	Kasper, Ollig, Müller, Becker, Zinck, Metz, Kögler, Hassinger, Hollack;
	Dr. Laurien, Prof.Dr. Wild, Hock, Lang, Göth, Josten, Sans, Haub, Steiner;
	Riebel, Sparwasser, Hörner;
Entschuldigt gefehlt:	Ratsmitglied Schumacher;
Als Vertreter der Aufsichtsbehörde:	Landrat Dr. Bickel;
Der Bürgermeister der verbandsangehörigen Gemeinde Bodenheim:	Schaub;
Als Vertreter der Gemeinde Lörzweiler:	1.Beigeordneter Christ;
Anwesend:	27
Abstimmungsberechtigte:	23 (gem. § 37 GO: 22)

T a g e s o r d n u n g

Einführung und Verpflichtung des Verbandsbürgermeisters

Der Vorsitzende, 1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter, eröffnet um 19.12 Uhr die Sitzung.
Zum Schriftführer wird Gemeinde-Inspektor Hoffmann, Gemeindeverwaltung Bodenheim, bestellt.

Nach Hinweis auf die vereinbarungsgemäß übersandte Niederschrift der Sitzung vom 23. August 1972 folgen keine Einwendungen.

Einführung und Verpflichtung des Verbandsbürgermeisters

Verbandsbürgermeister Krämer wird gemäß § 53 Gemeindeordnung durch das älteste anwesende Ratsmitglied Otto Metz (SPD) in sein Amt eingeführt.

Nach der Einführung händigt der Vorsitzende, 1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter, die Ernennungsurkunde aus und vollzieht die Vereidigung.

Der Verbandsbeigeordnete Kiesewetter gibt um 19.18 Uhr den Vorsitz an den ordnungsgemäß eingeführten und ernannten Verbandsbürgermeister Krämer ab.

Der Vorsitzende, Verbandsbürgermeister Krämer, gibt in seiner Antrittsrede einen Überblick über die Schwerpunkte der auf die Verbandsgemeinde zukommenden Arbeiten. Die Rede ist nachfolgend wörtlich wiedergegeben:

"Meine sehr geehrten Damen !

Meine sehr geehrten Herren !

Lassen Sie mich mit einem Wort des Dankes beginnen. Ich bedanke mich herzlich für das Vertrauen, das mir die Verbandsgemeindevertretung durch meine Wahl zum Verbandsbürgermeister erwiesen hat. Daß mir damit auch ein erhebliches Maß an Verantwortung übertragen wurde, ist mir bewußt. Sie dürfen versichert sein, daß ich meine ganze Kraft daran setzen werde, das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und der übernommenen Verantwortung gerecht zu werden.

Meine Arbeit wird sich ausschließlich am Wohl der Bevölkerung der fünf Gemeinden, die zur Verbandsgemeinde gehören, orientieren. Ich hoffe, damit im Laufe der Zeit auch das Vertrauen derer zu gewinnen, die mir bei der Wahl am 23.August ihre Stimme nicht geben konnten.

Auch diesen Mitgliedern der Vertretung danke ich, denn es ist ja nicht von Nachteil und bedeutet einen erheblichen Ansporn, wenn man weiß, daß es eine starke Gruppe gibt, die einem mit einer gewissen Distanz gegenübersteht.

Es gehört nun einmal zum Wesen der parlamentarischen Domokratie, daß gegensätzliche Auffassungen über Sach- oder Personalfragen in Abstimmungen und Wahlen ausgetragen werden und sich dabei am Ende eine Gruppe durchsetzt. Die Demokratie bracht dieses Wechselspiel und sie braucht damit auch die Opposition im Parlament als vorwärtsdrängenden und kontrollierendes Element. Der hier ausgetragene Wettstreit um die besseren Ideen und Programme und auch um Personen wird letztlich der gesamten Bevölkerung zugutekommen.

Es wäre deshalb naiv von mir, in dieser Stunde an Sie einen Appell zur harmonischen Zusammenarbeit zu richten. Es wird Gegensätze und Auseinandersetzungen geben und die müssen ausgetragen werden. Worum ich aber bitten will, ist, daß die im Gemeindeparlament vertretenen Gruppen und jedes einzelne ihrer Mitglieder dem, der eine andere Auffassung als sie vertritt, zumindest niemals den guten Willen absprechen, das Beste für die Bevölkerung herauszuholen. Und meine zweite Bitte in diesem Zusammenhang: Jede Auseinandersetzung sollte so geführt werden, daß man sich am nächsten Tag noch die Hand geben oder ein Glas Wein zusammen trinken kann.

Ich sage hier ganz offen, daß es mir sympathischer wäre, wenn wir in dieser Anfangsphase der Verbandsgemeinde eine normale Wahlperiode von fünf Jahren vor uns hätten und nicht nur eine solche von - wenn man vom jetzigen Zeitpunkt ausgeht - allenfalls 1 1/2 Jahren. Manches wird dadurch massierter - um nicht zu sagen hektischer - auf uns zukommen und auch die Atmosphäre in diesem Hause wird davon nicht frei bleiben. Aber gerade deshalb wiederhole ich meinen Appell: Sprechen wir uns niemals gegenseitig den guten Willen ab und führen wir unsere Auseinandersetzungen ohne verletzende Schärfe. Parlamentarischer Freistilkampf zahlt sich letztlich nicht aus und wird auch - das haben wohl alle politischen Gruppen schon einmal festgestellt - von den Bürgern nicht gewollt.

Was ich für eine gute Arbeit in diesem Hause und in dem geschilderten Sinne tun kann, will ich gerne tun. Der Verbandsbürgermeister sitzt hier nicht als Vertreter einer politischen Gruppe, sondern als Beamter, der der Vertretung in ihrer Gesamtheit und damit letztlich der gesamten Bevölkerung verantwortlich ist. Das ist ja auch in meinem eben abgelegten Amtseid zum Ausdruck gekommen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß ich mein Amt aus einer bestimmten Geisteshaltung heraus zu führen versuchen werde, Meine Auffassung von der Funktion der Gemeinden und damit auch der Verbandsgemeinde beruht vor allem auf dem Subsidiaritätsprinzip. Daraus ergibt sich meine Überzeugung, daß die Verbandsgemeinde von sich aus möglichst wenig in das Leben der einzelnen Gemeinden unmittelbar eingreifen sollte, um der Gefahr einer zentralistischen und dirigistischen Entwicklung vorzubeugen, die zwangsläufig das Prinzip der Selbstverwaltung beeinträchtigen müßte. Sie sollte allerdings alle Bestrebungen der beteiligten Gemeinden fördern, die von sich aus auf engere Zusammenarbeit und engeres Zusammenwachsen hinauslaufen.

Die Aufgabe des Verbandsbürgermeisters besteht nach meiner Auffassung vor allem darin, den Bürgermeister zum einen das abzunehmen, was sie von ihrer eigentlichen Aufgabe "Motor der Gemeinde zu sein, abhält, also den ganzen Wust der routinemäßigen Verwaltungsarbeiten; zum anderen hat der Verbandsbürgermeister Berater für die Bürgermeister der einzelnen Gemeinden in allen schwierigen Fragen zu sein, die besondere Fachkenntnisse erfordern. In der Funktion des Beraters wird der Verbandsbürgermeister allerdings scheitern, wenn er Beratung mit Bevormundung verwechselt; er wird auch scheitern, wenn er nicht erreicht, daß ihm die Bürgermeister und Gemeindevertreter der einzelnen Gemeinden über Partei- und Gruppengrenzen hinaus als Fachmann Vertrauen entgegenbringen. Ich werde alles daransetzen, mir dieses Vertrauen zu erwerben. Lassen Sie mich nun einiges darüber sagen, welche Ziele und Schwerpunkte ich für die Arbeit in der Verbandsgemeinde auf längere Sicht sehe. Es ist selbstverständlich, daß Sie, meine Damen und Herren der Vertretung, diese Ziele und Schwerpunkte letztlich durch Ihre Beschlußfassung bestimmen. Genau so selbstverständlich ist es jedoch sicher, daß sich auch der Verbandsbürgermeister Gedanken macht und eine bestimmte Konzeption zu entwickeln und im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten auch zu verfolgen sucht.

Ich sagte vorhin, die Verbandsgemeinde sollte von sich aus möglichst wenig in das Leben der einzelnen Gemeinden eingreifen. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß man die Dinge einfach treiben lassen sollte. Es wird vielmehr darauf ankommen, mit den fünf Gemeinden eine gemeinsame Konseption zu entwickeln, die alle - und zwar unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer Eigenart - weiterbringt.

-4-

Für die langfristige Arbeit sehe ich folgende Schwerpunkte:

1. Die wirtschaftliche Lage der Gemeinden muß erheblich verbessert werden. Den besten Erfolg versprechen hier nach meiner Überzeugung Bemühungen in Richtung "Weinbau, Fremdenverkehr und Naherholung für die Bevölkerung der Stadt". Dazu sollten in etwa - wobei dies keineswegs eine vollständige Aufzählung sein soll - folgende Dinge in Angriff genommen werden, wobei sich das eine relativ schnell, anderes erst im Laufe der Jahre verwirklichen ließe:

   - Hebung des gastronomischen Niveaus,
   - Einrichtung von Weinprobierkellern, soweit nicht schon vorhanden. In Bodenheim ist dringend eine Renovierung erforderlich.
   - Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, wobei ich hier nicht etwa an Großhotels denke, sondern an kleinere Häuser, die mir besser in den gedachten Rahmen zu passen scheinen, natürlich aber auch an die Bereitstellung von Privatquartieren,
   - Herausgabe eines Gemeinschaftsprospekts der fünf Gemeinden mit dem Schwerpunkt "Weinbau" und einem Bettennachweis,
   - Ausweisung, Anlegung und Markierung von Spazierwegen, Darstellung des Wegenetzes in einer Karte für die Besucher,
   - Anlegung von Parkplätzen für Besucher,
   - Verbesserung des Ortsbildes durch Einwirkung auf die Bürger (z.B. Aktion "Unser Dorf soll schöner werden", Fassadenrenovierung, Heraushebung alter und historisch interessanter Bauwerke),
   - Schaffung von Sport- und Erholungsanlagen wie "Trimm-Dich"-Einrichtungen und auf längere Sicht auch Bädern,
   - Verhandlungen mit Firmen wegen der Durchführung von Betriebsausflügen und Betriebsfeiern.

   Zur Förderung des Fremdenverkehrs und der Funktion als Naherholungsbereich sollte möglichst rasch ein Verkehrsverein gegründet werden, an dem sich die fünf Gemeinden und die Verbandsgemeinde sowie alle anderen interessierten Stellen beteiligen sollten, um die entsprechenden Bemühungen auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

   Daneben sollte man aber auch intensiver als seither Gewerbeansiedlung betreiben, wobei hier allerdings klar sein muß, daß dafür nur Betriebe in Frage kommen, die den Bemühungen um den Fremdenverkehr und die Funktion als Naherholungsbereich nicht im Wege stehen. Die Gewerbeansiedlung sollte auch nicht nur im Hinblick auf die daraus zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen erfolgen, sondern auch deshalb, um der Bevölkerung der Verbandsgemeinde Arbeitsplätze in nächster Nähe anbieten zu können.

2. Die Ausweisung und Erschließung neuer Wohngebiete muß fortgesetzt werden. Sie ist sowohl unter sozialen Gesichtspunkten als auch wegen des hoffentlich bald höheren Anteils an der Einkommens- und Körperschaftssteuer unter wirtschaftlichen Aspekten wünschenswert und notwendig.

   Das Gebiet der Verbandsgemeinde kann zu einem bevorzugten Wohngebiet in günstiger Lage sowohl zur Stadt Mainz als auch zum gesamten Rhein-Main-Gebiet werden. Allerdings sollte man nach meiner Auffassung bei der Ausweisung neuer Wohngebiete behutsam vorgehen, um die gewachsenen Orte und ihre soziologischen Strukturen nicht zu erdrücken. Ziel muß es vielmehr sein, die

Neubürger in die bestehende Gemeinschaft zu integrieren. Der Bau riesiger Mietblocks ist dazu nach meiner Auffassung ungeeignet.

Und noch etwas anderes scheint mir bei der Ausweisung neuer Wohngebiete wichtig zu sein: Daß wir uns nämlich Lage, Ausdehnung und Tempo nicht von irgendwelchen Geschäftemachern vorschreiben lassen.

Was wir am 29.September in der "Allgemeinen Zeitung" über die Haltung einer Wiesbadener Immobilienfirma zum Thema "Planungshoheit der Gemeinden" lesen konnten, wobei der Bürgermeister von Lörzweiler als "kleines Rädchen in einer großen Mühle" bezeichnet wurde und man erklärte, wenn man an einer bestimmten Stelle bauen wolle, dann werde man das auch tun, sollte uns alle sehr nachdenklich stimmen. Derartigen Firman muß mit allem Nachdruck klargemacht werden, daß sich die Gemeinden und die Verbandsgemeinde bei der Ausweisung neuer Baugebiete ausschließlich von den Interessen der eigenen Bevölkerung und den vorhadenen finanziellen Möglichkeiten - auch im Hinblick auf die Folgekosten - leiten lassen.

3. Die Verkehrsverhältnisse müssen wesentlich verbessert werden, und zwar sowohl in Bezug auf das Straßennetz als auch ganz besonders auf den Personennahverkehr zwischen den einzelnen Gemeinden und zur Stadt. Gerade hier scheint mir ein erheblicher Nachholbedarf zu bestehen und es wird notwendig sein, darüber sehr intensiv mit den Konzessionsträgern zu verhandeln, um entscheidende Verbesserungen zu erzielen. Ferner sollte geprüft werden, inwieweit die Schulbusse für den Verkehr zwisch en den einzelnen verbandsangehörigen Gemeinden mit eingesetzt werden können.

4. Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau und Verkehr sind nicht Selbstzweck, sondern sollen dazu beitragen, das Leben der Bevölkerung lebenswerter zu machen. Ein vernünftiges Einkommen, eine schöne Wohnung und gute Verkehrsverbindungen sind nur einige, wenn auch sehr wichtige, Voraussetzungen für dieses lebenswerte Leben. Mindestens genau so wichtig scheint mir das Eingebundensein, man könnte auch sagen die Geborgenheit, in der Gemeinschaft.

   Aufgaben der Gemeinden und damit auch der Verbandsgemeinde ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Gemeinschaft und damit auch das Leben der Gemeinden sich entfalten kann. Es geht mir hier um Punkte wie Förderung des Vereinslebens bis hin zur Bereitstellung der notwendigen Anlagen, Einrichtungen und vor aller Räumlichkeiten. Wenn es heute in einzelnen Gemeinden schon keinen einzigen Saal mehr für größere Veranstaltungen gibt, so muß man sich fragen, wie dann ein Gesang- oder Turnverein überhaupt noch wirksam werden kann.

   Ich denke hier aber auch an die Förderung der Kindergärten, an die Altenbetreuung usw., eben an den ganzen Bereich, in dem sich Gemeinde und Gemeinschaftsleben entfalten kann.

5. Eingebundensein in die Gemeinschaft bedeutet für den Einzelnen auch, daß ihm diese Gemeinschaft hilft, wenn er sie braucht. Gerade dem sozialen Bereich sollten wir deshalb unsere ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Als Nahziel sollten wir uns hier vor allem die Einrichtung einer Sozialstation vornehmen. Es ist bekannt, daß das Sozialministerium die Einrichtung derartiger Stationen erst in Verbandsgemeinden ab 20.000 Einwohnern vorhat; mir scheint diese Zahl zu hoch gegriffen zu sein, auch wenn man Verständnis dafür haben muß, daß von Landesseite hier nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen und man deshalb zunächst die einwohnerstärksten Verbandsgemeinden versorgen möchte. Wir sollten alles daransetzen, daß wir entweder mit Hilfe des Sozialministeriums oder aus eigener Kraft eine entsprechende Station aufzubauen und dort die Betreuung unserer älteren Mitbürger, Dorfhelferinnen und ambulante Krankenpflege konzentrieren.

6. Das Bildungswesen innerhalb der Verbandsgemeinde muß so ausgebaut werden, daß das Wort von der Chancengleichheit unserer Kinder gegenüber denen der Stadt kein leeres Schlagwort bleibt. Zwar ist die Verbandsgemeinde nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Träger der Hauptschule; sie sollte sich aber trotzdem bemühen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das von Organisation, Räumen und Ausstattung her eine optimale Lösung für alle Schularten innerhalb der fünf Gemeinden darstellt.

   Vordringlich sind hier die Erweiterung der Schule Nackenheim, um die angestrebte Zusammenfassung der Hauptschule zu erreichen, sowie die endgültige Lösung des Grundschulproblems für die drei Berggemeinden.

7. Die Hauptaufgabe für den Anfang wird es sein, die fünf Gemeinden und damit auch die Verbandsgemeinde auf eine gesündere finanzielle Basis zu stellen. Wenn dies nicht gelingt, wenn vielmehr für einzelne Gemeinden auch in Zukunft die Haushaltspläne - wie bereit seit Jahren - mit defizitären Ergebnissen abschließen, wird kein einziger Punkt eines Programms erfüllt werden können.

   Wir müssen hier zum einen sehen, welche Möglichkeiten wir selbst dazu haben, wobei damit natürlich auch eine besonders sparsame und rationelle Verwaltung angesprochen ist. Wir dürfen aber auch nicht damit aufhören, Bund und Land immer wieder auf ihre Verantwortung für die Finanzausstattung der Gemeinden hinzuweisen. Man kann den Gemeinden und Verbandsgemeinden nicht immer mehr Aufgaben aufhalsen, ohne für eine grundlegende Verbesserung der Finanzausstattung zu sorgen.

8. Möglichst rasch sollten wir an die Erstellung eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes herangehen. Einzelne Gemeinden haben dazu bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet. Es kommt jetzt darauf an die Ergebnisse dieser Vorarbeiten zu einem Plan zusammenzufassen, der die Entwicklung der Verbandsgemeinde für die nächsten Jahrzehnte festlegt. Solange dieser Plan fehlt, besteht die Gefahr, daß viele Einzelentscheidungen zu einem Flickwerk zusammenwachsen, das am Ende jedes einheitliche Konzept vermissen läßt.

Dies, meine Damen und Herren, waren die Schwerpunkte, die sich aus meiner Sicht für die Arbeit der ersten Jahre ergeben. Im Vordergrund der Arbeit der Verbandsgemeinde wird allerdings, das muß man deutlich sehen, am Anfang nicht so sehr die Verfolgung eines Programms, sondern primär der Aufbau der Verwaltung stehen. Gestatten Sie mir auch dazu noch ein paar Hinweise.

Für die Unterbringung der Verwaltung steht zunächst das Rathaus der Gemeinde Bodenheim zur Verfügung. Daß dieses Gebäude nicht zur Unterbringung der gesamten Verbandsgemeindeverwaltung nach Übernahme aller Aufgaben ausreicht, liegt auf der Hand. Ich werde Ihnen in der nächsten Sitzung der Vertretung Vorschläge machen, wie eine Lösung zumindest für die nächsten Jahre aussehen könnte.

Zur personellen Situation werde ich ebenfalls in der nächsten Sitzun berichten, wenn ich mich genauer informieren konnte.
Herr 1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter hat dazu bereits umfangreiches Material zusammengetragen. Mein Ziel ist es jedenfalls, im Zusammenhang mit dem Übergang des Personals von den Gemeinden auf die Verbandsgemeinde jede soziale und menschliche Härte zu vermeiden. Für viele Mitarbeiter werden durch die Bildung einer größeren und stärker gegliederten Verwaltung unter Wahrung des Leistungsprinzips sicher Möglichkeiten des beruflichen Weiterkommens geboten werden.

}╥↓ÜC9▒EK/ÄB▲┤╪ÉÉ[/ÉÄZÜÖÉÖÖÖ▲PŞnOÜŞii+╧É

Außerordentlich wichtig ist, daß die Verbandsgemeinde schnellstens einen Haushaltsplan für das Rumpfrechnungsjahr 1972 erhält. Auch dazu hat Herr 1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter bereits erhebliche Vorarbeiten geleistet. Dank dieser Vorarbeiten wird es möglich sein, den Fraktionen den Entwurf des Haushaltsplanes zusammen mit dem Entwurf zum Stellenplan in Kürze zu übersenden, so daß wir in der 2. Oktoberhälfte mit den Ausschußberatungen beginnen könnten. Die Verabschiedung könnte dann in der nächsten Sitzung der Verbandsgemeindevertretung erfolgen.

Parallel dazu werde ich möglichst rasch mit den Vorarbeiten zum Etat 1973 einschließlich Stellenplan beginnen, damit wir über diesen Plan rechtzeitig zu Beginn des kommenden Rechnungsjahres verfügen können. Auch für die fünf Gemeinden ist dies wichtig, weil ihnen bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne ja die Höhe der Verbandsgemeindeumlage bekannt sein muß, sollen Nachtragspläne vermieden werden.

Wichtig erscheint mir, daß die Vertretung zur Erleichterung ihrer Arbeit möglichst rasch eine Geschäftsordnung erhält und dabei gleichzeitig einen Ältestenrat bildet.
Auch dazu hat Herr 1. Verbandsbeigeordneter Kiesewetter bereits Vorarbeiten geleistet. Inzwischen ist den Fraktionen eine Mustergeschäftsordnung des Gemeindetages zugegangen, die wohl eine brauchbare Unterlage für die weiteren Beratungen bildet, auch wenn man das eine oder andere noch ändert. Auch hier dürfte es möglich sein, in der nächsten Sitzung der Verbandsgemeindevertretung zur Verabschiedung der Geschäftsordnung und zur Bildung des Ältestenrates zu kommen.

Was die Übernahme der einzelnen Aufgaben von den Gemeinden auf die Verbandsgemeinde anbelangt, so meine ich, wir sollten uns hier im Augenblick auf zwei Punkte konzentrieren: auf das Kassenwesen und das Personenstandswesen. Beide Bereiche bedeuten für die Gemeinden einen erheblichen Arbeitsaufwand und hier wird sich wohl für sie die wirksamste Entlastung ergeben.

Mein Ziel ist, die Kassengeschäfte und das Standesamt zum 1.1.1973 übernehmen zu können. Für das Standesamt wird dies Für das Standesamt wird dies relativ einfach zu bewerkstelligen sein; bei den Kassengeschäften unterliegen wir einem gewissen Zeitdruck, weil dazu ja erhebliche technische und organisatorische Vorbereitungen getroffen werden müssen. Auch darüber darf ich Ihnen in der nächsten Sitzung einen ausführlicheren Sachstandsbericht geben.

Lassen Sie mich bitte, ehe ich zum Schluß komme, noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den ich für ganz besonders wichtig halte: das Stadtumlandproblem. Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: Ich glaube fest daran, daß diese Verbandsgemeinde Bodenheim keine Übergangslösung, sondern eine Einrichtung von Dauer ist. Diese Verbandsgemeinde hat eine gute Zukunft vor sich, wenn sie die bestehenden Chancen wahrnimmt.

Auch mir ist klar, daß es viele Probleme gibt, die Stadt und Verbandsgemeinde gleichermaßen berühren und bei deren Lösung wir zusammenarbeiten müssen. Dazu ist im Selbstverwaltungsgesetz das Institut des Nachbarschaftsausschusses vorgesehen. Darüber hinaus sollten sich beide Seiten zusammensetzen, wann immer dies für notwendig gehalten wird. Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit sind Fairnis und Verständnis füreinander, selbstverständlich auch völlige Gleichberechtigung. Ich bin für meine Person zu einer Zusammenarbeit auf dieser Basis gerne bereit.

-8-

Mir bleibt, Herrn 1. Verbandsbeigeordneten Kiesewetter sowie den Herren Beigeordneten Lütyens und Kranz herzlich für die bisher geleistete Aufbauarbeit zu danken. Ich habe im Verlauf meiner Ausführungen eine Reihe von Punkten genannt, bei denen bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet wurden. Es ist ja heute gar nicht mehr selbstverständlich, daß sich Bürger für eine derartige Aufgabe ehrenamtlich, d.h. neben ihrer in der Regel doch recht strapaziösen Berufsarbeit, zur Verfügung stellen. Aber gerade von ihnen lebt ja ltztlich unsere Selbstverwaltung. Dafür gebührt ihnen unser besonderer Dank.

Uns allen wünsche ich eine fruchtbare Arbeit im Interesse der Bevölkerung unserer Verbandsgemeinde.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Die Sprecher der in der Verbandsgemeinde vertretenen Fraktionen

Günter Ollig (SPD),

Karl-Heinz Göth (CDU) und

Franz Riebel (FWK) bringen in ihren Glückwünschen zum Ausdruck, man wolle eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung zum Wohle aller Bürger. Auseinandersetzungen sollten sachlich geführt werden.

Landrat Dr. Bickel übermittelt die Glückwünsche des Landkreises Mainz-Bingen und erklärt, daß er und sein Amt dem neuen Verbandsbürgermeister jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung stehen werden.

Unterstützung in allen Fragen der Verwaltungsarbeit wird von Bürgermeister Schaub, Gemeinde Bodenheim, ebenfalls angeboten.

Verbandsbürgermeister Krämer dankt allen Rednern und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20. o2 Uhr.

Die Vorsitzenden:

gez. Krämer
(K r ä m e r)
Verbandsbürgermeister

gez. Kiesewetter
(Kiesewetter)
1.Verbandsbeigeordneter

Der Schriftführer:

gez.Hoffmann
(Hoffmann)
Gemeindeinspektor

Mitglieder der Verbandsgemeindevertretung
gemäß § 42 Abs. 1 GO

gez. Kasper
gez. Göth
gez. Sparwasser